Die politischen Spannungen im Nahen Osten haben eine neue Eskalationsstufe erreicht, nachdem der frühere US-Präsident Donald Trump angedeutet hat, die finanzielle Unterstützung für Jordanien und Ägypten zu kürzen. Hintergrund ist sein umstrittenes Vorhaben, Palästinenser, die durch die anhaltenden Kämpfe aus Gaza vertrieben würden, dauerhaft in diesen beiden Ländern anzusiedeln.

Die Androhung einer Kürzung der Hilfsgelder stellt eine erhebliche diplomatische Herausforderung dar. Jordanien und Ägypten sind langjährige Verbündete der USA und gehören zu den größten Empfängern amerikanischer Finanzhilfe in der Region. Beide Länder haben jedoch wiederholt betont, dass eine Zwangsumsiedlung von Palästinensern für sie nicht in Frage kommt, da dies nicht nur innenpolitisch untragbar wäre, sondern auch die gesamte regionale Stabilität gefährden könnte.

Trump hatte bereits in der Vergangenheit gezeigt, dass er bereit ist, wirtschaftlichen Druck als Mittel der Außenpolitik einzusetzen. Während seiner Präsidentschaft kürzte er unter anderem die Zahlungen an UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, was die humanitäre Lage in den palästinensischen Gebieten weiter verschärfte. Seine jüngsten Äußerungen könnten daher als Teil einer breiteren Strategie gewertet werden, um seinen Einfluss auf den Nahost-Friedensprozess zu verstärken – eine Strategie, die jedoch von vielen Beobachtern als kontraproduktiv angesehen wird.

Die internationale Reaktion auf Trumps Vorschlag fiel erwartungsgemäß kritisch aus. Menschenrechtsorganisationen und Diplomaten warnten vor den humanitären und politischen Folgen einer erzwungenen Umsiedlung. Jordanien beherbergt bereits eine große palästinensische Bevölkerung und hat mehrfach betont, dass es keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen könne. Ägypten wiederum betrachtet den Gazastreifen als eine potenzielle Sicherheitsgefahr und hat seine Grenze zu dem Gebiet weitgehend geschlossen gehalten.

Die Drohung einer Hilfskürzung könnte jedoch auch innenpolitisch für Trump Konsequenzen haben. Die US-Finanzhilfe an Ägypten und Jordanien wird vom Kongress genehmigt, und viele Abgeordnete beider Parteien betrachten diese Gelder als entscheidend für die geopolitische Stabilität im Nahen Osten. Ein abrupter Entzug der Unterstützung könnte daher nicht nur die Beziehungen der USA zu diesen Ländern belasten, sondern auch Washingtons Einfluss in der Region langfristig schwächen.

Ob Trump seine Drohungen tatsächlich umsetzen kann oder ob sie primär als Wahlkampf-Rhetorik zu verstehen sind, bleibt abzuwarten. Sicher ist jedoch, dass seine Äußerungen die ohnehin angespannte Lage im Nahen Osten weiter anheizen und neue diplomatische Verwerfungen nach sich ziehen könnten.